



economieuisse

Newsletter 06/09



Protektionismus: Gift für die Weltwirtschaft

Immer mehr Staaten schotten unter dem Deckmantel von Stabilisierungsprogrammen ihre heimische Industrie ab. Protektionistische Massnahmen drohen jedoch die Wirtschaftskrise zu verlängern. Die Schweiz tut gut daran, sich diesem Trend zu widersetzen. [mehr >](#)



Pascal Giménez
Direktor economieuisse

CO₂-Abgabenerhöhung: falscher Zeitpunkt!
Die Konjunkturprognosen sind düster. economieuisse teilt die Sorge um die Wirtschaftslage und damit um unsere Arbeitsplätze. Doch es ist primär eine Expertise, und in der Schweiz sind die Möglichkeiten zur Ankerbelung der Konjunktur äusserst beschränkt.

Allerdings: In einer solchen Zeit sollte die Politik keine Fehler machen. Dazu gehört der Entscheid vom 19. Juni, die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe per 1. Januar 2010 zu verdreifachen. Auch wenn der Entscheid der Gesetzesmechanik entsprechen könnte, kommt er zu absoluten Unzeit. In dieser konjunkturell schwierigen Zeit sollte der Staat die wirtschaftliche Situation nicht durch Steuererhöhungen weiter verschärfen. Darüber hinaus ist die Datengrundlage, die eine gesetzeskonforme Abgabenerhöhung zuliesse, nicht nachvollziehbar und bedarf einer Überprüfung.

Die Problematik liegt nicht allein in der Erhöhung der Abgabe. Ungünstig ist auch, dass die Rückverteilung von rund einer Milliarde Franken an die Verbraucher erst mit zweijähriger Verspätung erfolgt. Dadurch wird der Wirtschaft substanzielle Kaufkraft entzogen. Folglich neutralisiert die CO₂-Abgabe die vom Bundesrat am 17. Juni beschlossene dritte Stufe zur Stabilisierung der Konjunktur.

Bundesrat und Parlament haben kürzlich die Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der IV um ein Jahr verschoben. Aus konjunkturpolitischen Gründen wäre es besser, auch den Entscheid über die Erhöhung der CO₂-Abgabe zu verschieben, bis sich der konjunkturpolitische Horizont lichtet.

Die Verdreifachung der CO₂-Abgabe ist derzeit fehl am Platz
Der Bundesrat für Umwelt hat am 19. Juni 2009 die CO₂-Abgabe verdreifacht. Dieser Entscheid ist in vielerlei Hinsicht problematisch. economieuisse fordert, dass der Entscheid aufgeschoben wird, bis sich die konjunkturelle Lage deutlich verbessert hat. [mehr >](#)

Grafik des Monats: Unterschätzte Wirkung von automatischen Stabilisatoren

Berufliche Vorsorge: Kommende Generationen nicht zusätzlich belasten
Der Umwandlungssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge ist zu hoch. Erwerbstätige finanzieren bereits heute Leistungen, die durch Beiträge nicht gedeckt sind. Gleichzeitig leisten sie einen Teil der Sanierungen, wenn ihre Pensionskasse in Unterdeckung gerät. Das zunehmende Ungleichgewicht der zweiten Säule droht kommende Generationen noch stärker zu belasten. [mehr >](#)

Pragmatisches drittes Konjunkturpaket angesichts düsterer Konjunkturaussichten
Die Schweizer Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Rezession. Um die konjunkturelle Lage zu stabilisieren, hat der Bundesrat ein drittes Konjunkturpaket im Umfang von 750 Millionen Franken lanciert. economieuisse begrüsst die Stützungsmaßnahmen, die innerhalb der Schuldenbremse bleiben. [mehr >](#)

Drohende Überregulierung im Aktienrecht
Der Ständerat hat die Arbeitsplätze gefährdende Initiative „gegen die Abzockerer!“ (Initiative Mindar) abgelehnt und einen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet. Die Initiative sieht ein übertriebenes Gesetzeskorsett für börsennotierte Unternehmen vor. Sie würde den Wirtschaftsstandort Schweiz schwächen. [mehr >](#)

Kolumne aus Brüssel: Theater um das irische Referendum

Neue Rezepte gegen die ausserordentliche Prämiensteigerung
Die Ankündigung drastischer Prämiensteigerungen auf 2010 scheint endlich die Politik aufzurütteln. FDP-Nationalrat Otto Ineichen hat eine parlamentarische Gruppe gebildet, welche mit Reformvorschlägen einen parteiübergreifenden Konsens ermöglichen will. [mehr >](#)

Mehrwertsteuer: Wie weiter nach der Totalrevision?
Das Parlament hat den ersten Reformteil abgeschlossen. Nun stellt sich die Frage, wie es bei diesem wichtigen Projekt weiter geht. Zum einen steht die rasche Umsetzung der Totalrevision bis 2010 an. Zum andern geht es um den Einheitssatz. [mehr >](#)

Fehlentwicklung: Hochschulen unterrichten Masse statt Klasse
Die Botschaft zum Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) hat die zentralen Schwachstellen des Vernehmlassungsentwurfs nicht beseitigt. Das neue Gesetz begünstigt Masse statt Klasse im Hochschulbereich. [mehr >](#)

Schwerpunkte unserer Mitglieder: Vereinigung der Privaten Aktiengesellschaften (VPAG)

Prioritäten der schwedischen EU-Präsidentschaft
Am 1. Juli hat Schweden den EU-Vorsitz übernommen. Der neuen Präsidentschaft steht ein schwieriges Mandat bevor: andauernde Wirtschaftskrise, neues EU-Parlament und neue Kommission sowie die unsichere Zukunft des Lissabon-Vertrags aufgrund des Referendums in Irland. [mehr >](#)

Debatte über die künftige europäische Verkehrspolitik
Die europäische Verkehrsstrategie läuft nächstes Jahr aus. Vor diesem Hintergrund präsentierte die EU-Kommission letzte Woche eine Mitteilung zur europäischen Verkehrspolitik und lancierte damit die Debatte über deren künftige Ausrichtung. [mehr >](#)

EFTA steht vor wichtigen Entscheidungen
Die EFTA muss zwei wegweisende Entscheide fällen. Erstens muss die künftige Ausrichtung definiert werden, sollte Island die EFTA in Richtung EU verlassen. Zweitens wird intern die Rolle von Sozial- und Umweltnormen bei künftigen Verhandlungen über Freihandelsabkommen (FHA) diskutiert. [mehr >](#)

KMU-Portrait: KMU-Portrait: Storms – Eine Firma aus Murten stürmt den Getränkemarkt

OECD-Guidelines: Aufdatierung oder umfassende Überarbeitung?
Die „Guidelines for Multinational Enterprises“ der OECD lassen Empfehlungen zur Corporate Responsibility für international tätige Unternehmen zusammen. Seit ihrer letzten Überarbeitung sind fast 10 Jahre vergangen. Über Anpassungen sind sich die OECD-Mitgliedstaaten nicht einig. [mehr >](#)

Innovation heute: Experten diskutieren in Brüssel
In Zusammenarbeit mit weiteren Schweizer Institutionen lud das Brüsseler Büro von economieuisse am 24. Juni 2009 zu einem Expertenlunch zum Thema Innovationsstandort Schweiz ein. Am Anlass sprachen hochkarätige Referenten aus der Schweiz und der EU. [mehr >](#)

Leonardo-Praktika: Angebote für Unternehmen und Jungdiplomierte
Im Rahmen des Leonardo-Programms vermittelt StudEx kostenlos Praktikanten aus Europa an deutschschweizer Unternehmen. Gleichzeitig hilft StudEx Lehrgängern und Berufsmaturanten aus der Deutschschweiz, Praktika in Europa zu finden. [mehr >](#)

Nachhaltigkeitsberichte in der Praxis (ICC)
Berichte über nachhaltiges Handeln der Unternehmen zielen darauf ab, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu stärken. An einer Informationsveranstaltung der UN Global Compact Lernplattform zeigten Precious Woods, Migros und Versteergaard Frandsen unterschiedliche Beispiele für die konkrete Umsetzung. [mehr >](#)

[Ganzen Newsletter drucken \(PDF, 20 Seiten, 286 KB\)](#)
[Agenda](#)

10.07. Vernehmlassung: Bundesgesetz über die Unternehmensjuristinnen- und -juristen (Unternehmensjuristengesetz, UJG)
 11.08. Medienkonferenz: Präsentation einer Studie
 21.08. Medienkonferenz: Präsentation Finanzmonitor
 25.08. ASCO Consulting Day mit Prof. Dr. Peter Gomez & Preisverleihung ASCO Award 2009
 04.09. Tag der Wirtschaft

Publikationen

- Medienmitteilung: Postalische Grundversorgung glänzend finanziert – Tätigkeitsbericht der PostReg spricht für eine rasche Briefmarktöffnung
- Medienmitteilung: Ja zur IV-Zusatzfinanzierung / economieuisse fordert Überarbeitung des Gesetzesentwurfs zur Hochschulförderung
- Medienmitteilung: Sanierung der SBB-Pensionskasse: Finanz- und wettbewerbspolitisch fragwürdig
- Sessionsbericht: Dritte Woche der Sommersession
- dossierpolitik: Güterverkehr: Keine neuen Hindernisse im Handel mit der EU
- dossierpolitik: Für einen fairen Umwandlungssatz
- dossierpolitik: Finanzpolitik in Zeiten der Krise
- Vernehmlassungsantwort: Elektrische Hochspannungsleitungen – Kriterien für die Beurteilung von Kabel- und Freileitungsvarianten
- Vernehmlassungsantwort: Revision der Erlasse über den öffentlichen Verkehr RÖVE
- Vernehmlassungsantwort: Stellungnahme zur Änderung des CO₂-Gesetzes betreffend neu immatrikulierte Autos



Protektionismus: Gift für die Weltwirtschaft

02.07.2009 16:56

Immer mehr Staaten schotten unter dem Deckmantel von Stabilisierungsprogrammen ihre heimische Industrie ab. Protektionistische Massnahmen drohen jedoch die Wirtschaftskrise zu verlängern. Die Schweiz tut gut daran, sich diesem Trend zu widersetzen.



Der Welthandel dürfte im Jahr 2009 um rund zehn Prozent schrumpfen. Immer mehr Staaten versuchen angesichts dieser Prognosen, ihre Märkte abzuschotten und die heimische Wirtschaft zu schützen. In der Krise ist sich jeder selbst der Nächste. Trotz mehrmaliger Bekenntnis der G-20-Staaten, „to do whatever is necessary to reject protectionism“, sieht die Realität anders aus.

Mannigfaltig in der Ausprägung...

Protektionismus hat viele Gesichter. Die Massnahmen reichen gemäss einer Zusammenstellung der EU-Kommission von Mehrwertsteuer-rabatten für Exporte in China, über temporäre Zoll-erhöhungen und Investitionsbeschränkungen in Russland oder der Ukraine, bis hin zu neuen Zertifizierungsvorschriften in Argentinien oder Indonesien. Neben Fahrzeugen, der Metallverarbeitung oder Lebensmitteln sind immer mehr Branchen betroffen. Ein Anzeichen für diese Entwicklung ist die Zunahme

der Antidumping-Fälle im Rahmen der WTO. Die Anzahl neu eröffneter Untersuchungen hat 2008 gegenüber dem Vorjahr um 31 Prozent zugenommen. Auch im Dienstleistungssektor breitet sich der „Heimatschutz“ aus. In einigen Staaten wird der Marktzutritt für ausländische Finanzdienstleister erschwert.

... schädlich in der Auswirkung

Das Ziel von Schutzmassnahmen ist die Importsubstitution. Darunter leiden vor allem exportorientierte Volkswirtschaften wie die Schweiz. Die punktuellen Massnahmen gewisser Handelspartner sind gesamtwirtschaftlich vielleicht noch nicht relevant, können einzelne Exportfirmen aber drastisch treffen. Es besteht zudem die Gefahr eines „tit-for-tat“: China beispielsweise hat noch im Frühjahr gegen die „Buy American“-Klausel im US-Stimulierungsprogramm protestiert. In der Zwischenzeit hat die Regierung in Peking für Anschaffungen im Rahmen des nationalen Konjunkturpakets angeordnet, chinesische Produkte zu bevorzugen. Ein solcher Dominoeffekt droht die Erholung des Welthandels zu verzögern. Mittel- bis langfristig schaden Länder sich selbst am meisten, wenn sie protektionistische Massnahmen ergreifen. Die Abschottung führt zu Wettbewerbsverzerrungen: Konsumenten und Produktionsbetriebe sind mit höheren Preisen konfrontiert. Innovationsanreize sinken, der Strukturwandel wird behindert.

Offenheit der Märkte ist gefordert

Es reicht nicht, nur dem Sirenenengesang des Protektionismus zu widerstehen. Die Staaten sind aufgefordert, sich für Marktöffnungen einzusetzen: Erstens muss ein möglichst rascher Abschluss der WTO-Doha-Runde angestrebt werden. Allein die vorgesehene Liberalisierung des Warenhandels verspricht einen weltweiten Wohlfahrtsgewinn von über 100 Milliarden Dollar. Zweitens muss auch gegen protektionistische Tendenzen vorgegangen werden, die WTO-konform sind. Das WTO-Monitoring bildet dafür die notwendige Grundlage. Drittens setzt die Schweiz zu Recht auf bilaterale Freihandelsabkommen (FHA). Die jüngsten Entwicklungen – Verabschiedung des FHA mit Japan, Unterzeichnung eines Abkommens mit den arabischen Golfstaaten sowie Inkrafttreten des FHA EFTA-Kanada am 1. Juli 2009 – werden von economiesuisse begrüsst. Mit Partnern wie Indien, der Ukraine, Russland und China sind Verhandlungen im Gang oder stehen kurz bevor. Hier gilt es im Interesse der Schweizer Wirtschaft, konsequent die Märkte zu öffnen.

Mehr Informationen:

peter.flueckiger@economiesuisse.ch

[3rd European Commission Report on potentially trade restrictive measures, 12.06.09.](#)



Die Verdreifachung der CO₂-Abgabe ist derzeit fehl am Platz

02.07.2009 17:00

Das Bundesamt für Umwelt hat am 19. Juni 2009 die CO₂-Abgabe verdreifacht. Dieser Entscheid ist in vielerlei Hinsicht problematisch. economiesuisse fordert, dass der Entscheid aufgeschoben wird, bis sich die konjunkturelle Lage deutlich verbessert hat.

Die per 1. Januar 2010 geplante Verdreifachung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe kommt zum ungünstigsten Zeitpunkt. Die Abgabe kostet die Wirtschaft und die Konsumenten jährlich zwischen 600 und 700 Millionen Franken. 200 Millionen Franken sollen zwar im gleichen Jahr in die Sanierung von Altgebäuden fliessen. Die restlichen 400 bis 500 Millionen Franken gelangen jedoch erst zwei Jahre später an die Verbraucher zurück. Fast eine Milliarde Franken geht in dieser Zeitspanne an Kaufkraft verloren. Damit wird ein guter Teil des jüngst vom Bundesrat beschlossenen dritten Konjunkturpakets wieder ausgehebelt.

Verschärfte „Werkplatzsteuer“

Im Export tätige KMU, die sich von der CO₂-Abgabe nicht befreien können, werden durch die Verdreifachung der Abgabe deutlich stärker belastet als zuvor. Die Rückverteilung der Einnahmen über die AHV-Lohnsumme führt zu einer Umverteilung vom Industrie- in den Dienstleistungssektor. Diese „Werkplatzsteuer“ ist in der aktuellen Konjunkturlage höchst unerwünscht, da besonders viele exportorientierte Industrieunternehmen von Bestellungseinbrüchen betroffen sind.

Zweifelhafte Datenbasis

Zwischen 2006 und 2007 wurde trotz hohem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum ein Rückgang der CO₂-Emissionen aus Brennstoffen um 6,7 Prozent registriert. 2008 wurden fast ein Fünftel mehr Wärmepumpen eingesetzt. Der Anteil an erneuerbarer Energie zur Wärmeerzeugung stieg um rund ein Sechstel. Rekordhohe Erdölpreise und der im zweiten Halbjahr durch Kurzarbeit bedingte rückläufige Brennstoffverbrauch der Industrie lassen die CO₂-Statistik wenig plausibel erscheinen.

Mehr Informationen:

urs.naef@economiesuisse.ch



economiessuisse

Grafik des Monats: Unterschätzte Wirkung von automatischen Stabilisatoren

02.07.2009 17:00

In der Diskussion um geeignete Massnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur werden institutionell verankerte Mechanismen oft vergessen. Dabei ist die Impulswirkung dieser automatischen Stabilisatoren doppelt so gross wie diejenige der Konjunkturpakete.

Die Staaten der OECD haben angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise für den Zeitraum 2008 bis 2010 Ausgabenerhöhungen und Steuersenkungen im Umfang von durchschnittlich 2,7 Prozent des BIP beschlossen. Wenig beachtet wurde dabei die Wirkung der automatischen Stabilisatoren. Damit sind Mechanismen gemeint, die so konzipiert sind, dass sie sowohl während einer Rezession als auch in Zeiten der Hochkonjunktur antizyklisch wirken. Den grössten Effekt haben das Steuersystem und die Arbeitslosenversicherung. Unternehmen werden in der Rezession entlastet, weil sie deutlich kleinere Gewinne oder sogar Verluste erwirtschaften, die sie oftmals in Form von Steuergutschriften in den folgenden Jahren anrechnen können. Bei den Privatpersonen reduziert sich die Steuerlast aufgrund der Progression des Steuersystems, während bei der Arbeitslosenversicherung die Ausgaben stark ansteigen und damit den Kaufkraftverlust der Arbeitslosen teilweise kompensieren.



Doppelt so grosser Impuls wie Konjunkturpakete

Im Gegensatz zu den kurzfristig beschlossenen Massnahmen entfalten die automatischen Stabilisatoren ihre Wirkung sofort, gezielt und vorübergehend. Ihr Impuls beträgt nach Zahlen der OECD rund 6,5 Prozent des BIP und übersteigt damit den Umfang der Konjunkturpakete – ausser in Australien, Japan und den USA – deutlich. Die Spannweite dieses Impulses reicht von zwei Prozent in Polen bis zwölf Prozent in Schweden. Entscheidend für die Impulswirkung ist neben der Ausgestaltung der Sozialversicherungssysteme und der Steuerquote das Ausmass des Konjunkturreinbruchs. Während bei Ländern wie Schweden oder Dänemark die überdurchschnittliche Steuerquote massgebend ist, ist es in Spanien, Irland oder Island der starke Konjunkturreinbruch. Die OECD hat festgestellt, dass Konjunkturprogramme umso umfangreicher ausfallen, je weniger ausgeprägt die automatischen Stabilisatoren sind.

Schweiz kann auf automatische Stabilisatoren vertrauen

Die OECD hat für die Schweiz einen Impuls von über vier Prozent des BIP berechnet. Darin sind die Stabilisierungsmassnahmen der dritten Stufe sowie der Effekt der Kurzarbeit und der Arbeitslosenversicherung noch nicht enthalten. Gerade Letztere spielt aber eine wichtige Rolle. Ersatzleistungen und die Bezugsdauer gelten im internationalen Vergleich als hoch. Die Schweiz verfügt somit über stark ausgebauten und gut funktionierende Stabilisatoren. Weitere Konjunkturpakete sind deshalb weder sinnvoll noch notwendig.

Weitere Informationen:

christoph.schaltegger@economiessuisse.ch

martin.weder@economiessuisse.ch



Berufliche Vorsorge: Kommende Generationen nicht zusätzlich belasten

02.07.2009 17:00

Der Umwandlungssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge ist zu hoch. Erwerbstätige finanzieren bereits heute Leistungen, die durch Beiträge nicht gedeckt sind. Gleichzeitig leisten sie einen Teil der Sanierungen, wenn ihre Pensionskasse in Unterdeckung gerät. Das zunehmende Ungleichgewicht der zweiten Säule droht kommende Generationen noch stärker zu belasten.

Die zweite Säule unserer Altersversorgung droht aus dem Gleichgewicht zu geraten. Wie das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) im April ermittelt hat, befinden sich über 60 Prozent der Vorsorgeeinrichtungen in Unterdeckung. Bis zum 30. Juni mussten Pensionskassen die Aufsichtsbehörden über ihre Lage informieren und angeben, welche Massnahmen sie zur Beseitigung der Unterdeckung ergreifen werden. Viele Pensionskassen kommen an Sanierungen nicht vorbei. Die aktiv Versicherten tragen dabei einen gewichtigen Teil der Last, weil Rentner praktisch nicht zu Sanierungen beigezogen werden dürfen.

Unerfreulich, aber zwingend nötig

Sanierungen sind dringend nötig, will man die Stabilität der zweiten Säule nicht gefährden. Nur auf die Erholung der Finanzmärkte zu hoffen und wie die Gewerkschaften ein Sanierungsmoratorium zu fordern, ist verantwortungslos. Denn je tiefer der Deckungsgrad einer Pensionskasse sinkt, desto schwieriger und schmerzhafter ist es, die Lücken wieder zu schliessen. Das gilt auch vor dem Hintergrund, dass heute durch den zu hohen Umwandlungssatz mehr Leistungen ausbezahlt werden, als finanziert sind. Die Zeche bezahlen die Erwerbstätigen, die diese Lücken seit geraumer Zeit über einen Verzicht auf einen Teil der ihnen zustehenden Rendite stopfen.

Umwandlungssatz muss gesenkt werden

Je mehr Personen mit einem zu hohen Umwandlungssatz in Pension gehen, desto wahrscheinlicher sind auch Unterdeckungen und weiterer Sanierungsbedarf über zusätzliche Beiträge. Sich gegen die Senkung des Umwandlungssatzes zu stellen und gleichzeitig Sanierungen aufschieben zu wollen, wie dies die Gewerkschaften tun, ist unredlich. Eine Anpassung des Umwandlungssatzes an die gestiegene Lebenserwartung und Sanierungen der Pensionskassen dürfen nicht aufgeschoben werden.

Mehr Informationen:

marialuisa.leanza@economieuisse.ch

Pragmatisches drittes Konjunkturpaket angesichts düsterer Konjunkturaussichten

02.07.2009 17:00

Die Schweizer Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Rezession. Um die konjunkturelle Lage zu stabilisieren, hat der Bundesrat ein drittes Konjunkturpaket im Umfang von 750 Millionen Franken lanciert. economiesuisse begrüsst die Unterstützungsmassnahmen, die innerhalb der Schuldenbremse bleiben.

Die Schweizer Wirtschaft steckt in einer tiefen Rezession. Besonders markant ist der Einbruch von über 13 Prozent in den ersten vier Monaten 2009 bei den Exporten. Demgegenüber entwickelten sich die Binnenwirtschaft und der private Konsum bisher relativ stabil. Während sich im Exportsektor im zweiten Halbjahr 2009 eine Stabilisierung auf tiefem Niveau abzeichnet, wird die Wirtschaftskrise 2010 auch die Binnenwirtschaft und den privaten Konsum erfassen. Für 2009 erwartet economiesuisse ein Wirtschaftswachstum von minus 2,9 Prozent, für 2010 ein solches von minus 0,8 Prozent bei jeweils relativ stabilen Preisen. Die Arbeitslosenquote dürfte 2009 durchschnittlich 4,0 Prozent, 2010 5,3 Prozent betragen.

Prognosen Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung					
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	2006	2007	2008	2009	2010
Bruttoinlandprodukt, real	3.4	3.3	1.6	-2.9	-0.8
Privater Konsum	1.6	2.1	1.8	0.3	-0.8
Öffentlicher Konsum	-0.9	-1.1	0.2	1.0	0.2
Bauinvestitionen	-1.4	-1.5	-0.4	-1.0	-2.0
Ausrüstungsinvestitionen	10.0	10.9	-2.4	-9.0	-5.0
Exporte (Total)	9.9	9.4	2.2	-10.6	1.3
Importe (Total)	6.5	5.9	-0.5	-9.0	0.5
Veränderung gegenüber Vorjahr (%), Jahresdurchschnitt					
Inflationsrate	1.1	0.7	2.4	-0.6	0.4
Arbeitslosenquote	3.3	2.8	2.6	4.0	5.3

Pragmatisches drittes Konjunkturpaket

Angesichts der schwierigen konjunkturellen Lage hat der Bundesrat am 17. Juni 2009 das dritte Konjunkturpaket im Umfang von 750 Millionen Franken lanciert. Da vor allem der Exportsektor und die Finanzbranche betroffen sind, bleiben die Möglichkeiten des Bundes zur Konjunkturstabilisierung stark eingeschränkt. Der Verzicht auf teure und wenig wirksame Stabilisierungsmassnahmen ist richtig und verhindert einen starken Anstieg der Staatsverschuldung.

Die Arbeitslosenzahl wird in den kommenden Monaten stark ansteigen. Es ist daher zweckmässig, den verbleibenden Spielraum der Schuldenbremse für Massnahmen für die besonders von der Krise betroffenen Personen zu verwenden. Die Massnahmen sind weitgehend zielorientiert und zeitgerecht. Es gilt sicherzustellen, dass die Massnahmen zeitlich befristet sind und so rasch als möglich wieder rückgängig gemacht werden.

Zusätzliche Abgaben belasten Konjunktur

economiesuisse bedauert das Festhalten an den 200 Millionen Franken für die Verbilligung der Krankenkassenprämien. Diese Ausgabenerhöhung ist nicht zielgerichtet und lenkt davon ab, dass im Gesundheitswesen akuter Reformbedarf besteht. Problematisch sind zudem die Teilzweckbindung der CO₂-Steuer und die Erhöhung der Wasserzinse. Diese zusätzlichen Abgaben belasten im nächsten Jahr die Wirtschaft. economiesuisse fordert, dass die prozyklisch wirkenden Steuer- und Abgabenerhöhungen auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden systematisch überprüft und nach Möglichkeit verhindert werden.

Insgesamt ist das stufenweise Vorgehen des Bundesrats bei der Konjunkturstützung richtig und der Situation angemessen. Im Zentrum der politischen Diskussion müssen künftig aber wieder nachhaltige Reformprojekte stehen.

Mehr Informationen:

rudolf.minsch@economiesuisse.ch

[Konjunktureller Ausblick](#)



Drohende Überregulierung im Aktienrecht

02.07.2009 17:00

Der Ständerat hat die Arbeitsplätze gefährdende Initiative „gegen die Abzockerei“ (Initiative Minder) abgelehnt und einen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet. Die Initiative sieht ein übertriebenes Gesetzeskorsett für börsenkotierte Unternehmen vor. Sie würde den Wirtschaftsstandort Schweiz schwächen.

Mit dem Gegenvorschlag hat der Ständerat zentrale Forderungen der Initiative aufgenommen: Genehmigung des Salärs des Verwaltungsrats, konsultative (per Gesetz) oder bindende (per Statuten) Abstimmung über den Lohn der Geschäftsleitung, Verbot von Depot- und Organstimmrechtsvertretung, Wahl des Verwaltungspräsidenten und des Stimmrechtsvertreters durch die Aktionäre und die Einzelwahl der Mitglieder des Verwaltungsrats. Über die Forderungen der Initiative hinaus wurde auch die Ausübung der Aktionärsrechte erleichtert und die Rückforderungsklage verschärft. Mit der Zustimmung zum Nominee-Modell (siehe [Positionspapier Nominee-Modell](#)) will der Ständerat zudem das Problem der Dispo-Aktien lösen.

Auf unnötige Verbote verzichten

Bei der Weiterberatung des Gegenvorschlags sollte sich der Nationalrat bewusst sein, dass die Initiative letztlich eine Stärkung der Grossaktionäre bezweckt. Deren Einfluss auf die Schweizer Unternehmen würde auch mit dem ständerätlichen Gegenvorschlag gestärkt. Zudem sollte der Nationalrat auf unsinnige Verbote wie dasjenige der Organstimmrechtsvertretung verzichten.

Mehr Informationen:

urs.furrer@economiesuisse.ch



Kolumne aus Brüssel: Theater um das irische Referendum

02.07.2009 17:00

Die EU steht dieses Jahr vor wichtigen institutionellen Weichenstellungen. Ein Jahr nach dem Nein der Iren zum Lissabon-Vertrag, das die EU in eine tiefe Ratlosigkeit gestürzt hat, darf der Inselstaat nochmals abstimmen – und diesmal gefälligst mit Ja.

Ohne die geringste Änderung am Vertragswerk von Lissabon vorzunehmen, haben die europäischen Staats- und Regierungschefs letzte Woche an ihrem Gipfeltreffen Irland gegenüber rechtliche Garantien abgegeben: So berührt das Inkrafttreten des Vertrags Bereiche wie Steuerpolitik, Neutralität oder das Abtreibungsverbot nicht. Obendrein soll unter Lissabon jedes Land seinen Kommissar behalten.

Bis zur irischen Entscheidung, die für Anfang Oktober vorgesehen ist, bleibt das institutionelle Gefüge der EU blockiert. Die neue Kommission kann nicht rechtskräftig ernannt werden. Auch neue Geschäfte, die in Angriff genommen werden sollten, werden auf die lange Bank geschoben. Alle hoffen nun darauf, dass das durch die Wirtschaftskrise arg gebeutelte Irland etwas handzäher geworden ist und der notwendigen institutionellen Erneuerung der EU nicht mehr im Wege stehen wird. Zum Schluss ein kleines Gedankenspiel: Man stelle sich einmal vor, die Schweiz wäre EU-Mitglied...

Mehr Informationen:

francois.baur@economiesuisse.ch

Neue Rezepte gegen die ausserordentliche Prämiensteigerung

02.07.2009 17:00

Die Ankündigung drastischer Prämien erhöhungen auf 2010 scheint endlich die Politik aufzurütteln. FDP-Nationalrat Otto Ineichen hat eine parlamentarische Gruppe gebildet, welche mit Reformvorschlägen einen parteiübergreifenden Konsens ermöglichen will.

Die Gruppe um Nationalrat Otto Ineichen umfasst Parlamentarier aller Bundesratsparteien und zwei Mitglieder der Grünen. Die Reformvorschläge sollen die Grundversicherung um 1,5 Milliarden Franken entlasten. Die Wirtschaft begrüsst solche Initiativen, auch wenn das vorgeschlagene Sparpaket als Ganzes nicht zu überzeugen vermag.

Höherer Selbstbehalt beim Spezialisten

Gut die Hälfte des Einsparungspotenzials ortet die Gruppe bei den Medikamenten, obwohl der Beitrag der Medikamente zum letztjährigen Kostenwachstum lediglich 21 Prozent beträgt. Ein weiteres Viertel der Einsparung wird durch eine Kostenverlagerung auf die Versicherten erreicht. economiesuisse erachtet ein solches Paket als einseitig und nicht nachhaltig. Dennoch sollten einige Vorschläge weiterverfolgt werden. Wer etwa einen Spezialisten aufsucht, muss einen doppelt so hohen Selbstbehalt wie beim Hausarzt bezahlen. Diese Massnahme ist insbesondere deshalb zu begrüssen, weil sie die Grundversorgung besserstellt. Die genaue Umsetzung der Massnahme muss noch erarbeitet werden. Diese konstruktive Idee will die vom Bundesrat vorgeschlagene, wenig spezifische Praxisgebühr ersetzen.

Bei Zusatzversicherungen keine Prämienverbilligungen mehr?

Ein weiterer Vorschlag der Gruppe spricht die Problematik bei den Prämienverbilligungen an: Wenn in einigen Kantonen rund die Hälfte der Bevölkerung in den Genuss von Prämienverbilligungen kommt, wird das Instrument überstrapaziert. Deshalb sollen Prämienverbilligungen nur noch für Leute ohne Zusatzversicherungen ausbezahlt werden. Die Idee hinter dieser Forderung ist an sich richtig: Wer sich Luxusgüter kaufen kann, hat genug Geld und soll nicht von Prämienverbilligungen profitieren können. Soll man die Ausschüttung von Prämienverbilligungen aber an den Konsum von anderen Waren koppeln? Nein. Entscheidend sollte die Einkommens- und Vermögenslage einer Person sein. Ob jemand ein Theaterabonnement oder eine Zusatzversicherung für die Zahnmedizin kauft, darf keine Rolle spielen. Statt Zusatzversicherungen zu verbieten, sollten die Prämienverbilligungen zurückhaltender und gezielter ausgeschüttet werden. Vor diesem Hintergrund hat economiesuisse im Rahmen des dritten Konjunkturpakets auch die Erhöhung der Prämienverbilligung kritisiert.

Mehr Informationen:

fridolin.marty@economiesuisse.ch



Mehrwertsteuer: Wie weiter nach der Totalrevision?

02.07.2009 17:00

Das Parlament hat den ersten Reformteil abgeschlossen. Nun stellt sich die Frage, wie es bei diesem wichtigen Projekt weiter geht. Zum einen steht die rasche Umsetzung der Totalrevision bis 2010 an. Zum andern geht es um den Einheitssatz.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) hat mit den Arbeiten an der Umsetzung der vom Parlament beschlossenen Mehrwertsteuer-Totalrevision begonnen. Eine Informationsschrift soll in den nächsten Wochen vorliegen.

Umsetzung im Interesse der Wirtschaft

Weiter geht es um eine neue Gesetzesverordnung, die für die Praxis wichtige Bestimmungen rechtlich verbindlich regeln soll. Der Verordnung kommt insofern eine erhöhte Bedeutung zu, als nach dem Willen des Parlaments Publikationen der ESTV künftig Parteiäusserungen darstellen und für die Steuerpflichtigen unverbindlich sind. economiesuisse unterstützt, im Verbund mit interessierten Mitgliederorganisationen, die angelaufenen Arbeiten. Damit soll eine dem Willen des Gesetzgebers treue Umsetzung des für die Wirtschaft wichtigen neuen Mehrwertsteuergesetzes sichergestellt werden. Die neue Verordnung soll am 1. Januar 2010 zusammen mit dem Gesetz in Kraft treten. Bis dahin soll auch eine neue Wegleitung vorliegen. Die weiteren Publikationen, namentlich die Branchenbroschüren, bleiben voraussichtlich vorerst unverändert und, wo noch aktuell, weiterhin gültig. Ein neues Publikationskonzept ist vorgesehen.

Auf dem Weg zum Einheitssatz

Das neue Mehrwertsteuergesetz löst viele Probleme und schafft Erleichterungen. Die Rechtssicherheit wird spürbar verbessert, der Formalismus weitgehend abgebaut. Das mit der Erhebung der Mehrwertsteuer verbunden Risiko wird fairer verteilt. Durch einen verbesserten Vorsteuerabzug werden die Unternehmen von ungerechtfertigten Steuern entlastet. Gerade im Bereich der Schattensteuern (taxe occulte) und der Wettbewerbsverzerrungen bleiben jedoch Probleme bestehen. Um sie zu lösen und die Volkswirtschaft zu entlasten, braucht es eine grundlegendere Reform, die der Bundesrat im Vorschlag des Einheitssatzes und der Aufhebung möglichst vieler Steuerausnahmen bereits ins Parlament eingebracht hat. Dieser zweite Reformteil muss baldmöglichst aufgegriffen werden. Die ständerätliche Wirtschaftskommission hat sich anlässlich der Beratung des ersten Teils ausdrücklich zu diesem Schritt bekannt und eine eingehende Diskussion des Einheitssatzes gefordert. Ein anderes Vorgehen als die gründliche Prüfung der Vorschläge wäre unverständlich. Die Vorteile einer einfachen, allgemeinen, einheitlichen, modernen Mehrwertsteuer sind allzu offensichtlich.

Mehr Informationen:

frank.marty@economiesuisse.ch

Fehlentwicklung: Hochschulen unterrichten Masse statt Klasse

02.07.2009 17:00

Die Botschaft zum Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) hat die zentralen Schwachstellen des Vernehmlassungsentwurfs nicht beseitigt. Das neue Gesetz begünstigt Masse statt Klasse im Hochschulbereich.

economiesuisse anerkennt die grossen Anstrengungen bei der Ausarbeitung des Gesetzes. Leider wird mit diesem versucht, es allen ein wenig Recht zu machen. Das HFKG sieht grosse und damit schwerfällige Gremien für die Koordination zwischen Bund und Kantonen vor.

Der Gesetzesentwurf hat zentrale Mängel:

- Eine Politik des regionalen Ausgleiches mit Entscheidungen auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners wird nicht zu Exzellenz in der Hochschulbildung führen. Besonders problematisch ist, dass die ETH mit dem Gesetz in den Einflussbereich der Kantone gerät.
- Das Modell der Referenzkosten orientiert sich an den durchschnittlichen Kosten pro Student. Damit werden Anreize geschaffen, möglichst viele Studenten zuzulassen, um zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Die Anreize wirken somit in die gegenteilige Richtung: Sie fördern Masse statt Klasse.
- Der vorgesehene Hochschulrat wählt den Akkreditierungsrat und erlässt gleichzeitig Vorschriften über das Akkreditierungsverfahren. Die zwingend notwendige Unabhängigkeit des Akkreditierungsrates ist nicht gewährleistet.
- Mit dem Gesetz würden die Ausgaben für die Lehre – nicht aber für die Forschung oder die ETH – gebunden. Im Bildungsbereich würden allfällige Sparrunden somit ausschliesslich auf Kosten der ETH bzw. der Forschung (SNF, KTI) erfolgen.

Diese Schwachstellen müssen aus Sicht der Wirtschaft beseitigt werden. economiesuisse fordert eine grundlegende Überarbeitung des Gesetzes. Das Ziel des HFKG darf nicht der regionale Ausgleich sein. Vielmehr muss die Basis dafür gelegt werden, dass sich die Hochschulen um Qualität und nicht um Quantität bemühen.

Mehr Informationen:

rudolf.minsch@economiesuisse.ch



Schwerpunkte unserer Mitglieder: Vereinigung der Privaten Aktiengesellschaften (VPAG)

02.07.2009 17:00

Die 1952 gegründete Vereinigung der Privaten Aktiengesellschaften (VPAG) ist die grösste gesamtschweizerische Organisation, welche die Interessen der privaten Aktiengesellschaften und deren Eigner vertritt. Die branchenunabhängige Vereinigung umfasst Unternehmen aus Industrie, Handel, Dienstleistungen und Gewerbe. Die VPAG unterstützt ihre Mitglieder in den Schwerpunktbereichen Unternehmenssteuerrecht, Gesellschaftsrecht, Unternehmensnachfolge, Führungsstrukturen und Unternehmensstrategien. Ziel ist, den stetigen Kampf im Interesse der Familienaktiengesellschaften zu führen, damit diese einen hohen und flexiblen Gestaltungsrahmen für die wirtschaftliche Zukunftssicherung haben.

Die VPAG ist an vorderster Stelle im Rahmen der aktuellen Parlamentsdebatte zur Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechtes engagiert. Dass sich das geltende Aktienrecht für die Familienaktiengesellschaften im Grundsatz bewährt hat, ist unbestritten. Der Einsatz der VPAG für deren Mitglieder zielt darauf ab, dass auch künftig die Organisationsautonomie jedes einzelnen Familienunternehmens gewahrt bleibt. Vorgesehene Neuregelungen in den Bereichen der Corporate Governance, Kapitalstruktur, Generalversammlung und Rechnungslegung, die für börsenkotierte Unternehmungen Sinn machen können, dürfen den Familienunternehmen keine unnötigen zusätzlichen Bandagen auferlegen. Weiter setzt sich die VPAG für eine massvolle und unkomplizierte Unternehmensbesteuerung ein. Sie ist Ansprechpartnerin in Verhandlungen mit Behörden und Verwaltung. Das Engagement für die Unternehmenssteuerreform II resp. die Milderung der steuerlichen Doppelbelastung von Aktiengesellschaft und Aktionär war ein jahrzehntelanges Anliegen der VPAG.

Die Mitglieder der VPAG sind private Aktiengesellschaften, deren Anteile sich bei einer beschränkten Zahl von Eignern befinden, die sich in der Regel neben der Kapitalverantwortung im Unternehmen gleichzeitig in der Führung und Prägung ihres Unternehmens mit Energie, Zeit und Ressourcen nachhaltig engagieren. Die VPAG stellt ihren Mitgliedern ein umfangreiches Netzwerk zur Verfügung und unterstützt die Unternehmenseigner, Aktionäre, Nachfolger und Verwaltungsräte durch selektive Dienstleistungen. Sie ist zentrale Anlaufstelle für alle gemeinschaftlichen Interessen der privaten Aktiengesellschaften. Die VPAG organisiert ein Mal jährlich den traditionellen Tag des Familienunternehmens, dezentrale Unternehmeraperitifs und Fachseminare.

Mehr Informationen:

[Vereinigung der Privaten Aktiengesellschaften](#)



Prioritäten der schwedischen EU-Präsidentschaft

02.07.2009 15:45

Am 1. Juli hat Schweden den EU-Vorsitz übernommen. Der neuen Präsidentschaft steht ein schwieriges Mandat bevor: andauernde Wirtschaftskrise, neues EU-Parlament und neue Kommission sowie die unsichere Zukunft des Lissabon-Vertrags aufgrund des Referendums in Irland.

Die schwedische Präsidentschaft setzt bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise und den internationalen Klimaverhandlungen Prioritäten. Im Bereich Wirtschaft will sie nicht nur nationale Massnahmen zur Bekämpfung der Krise besser koordinieren, sondern auch Grundlagen für Exit-Strategien aus teilverstaatlichten Unternehmen erarbeiten. Weiter beabsichtigt die schwedische Präsidentschaft, die Vorschläge der EU-Kommission zur Finanzmarktaufsicht noch in diesem Jahr gesetzlich zu verankern. Zudem soll im Herbst die Debatte über die Strategie nach Lissabon lanciert werden.

Gegen den Klimawandel

In den internationalen Klimaverhandlungen, bei denen die schwedische Präsidentschaft die EU in den kommenden Monaten vertreten wird, will sie sich für das Zustandekommen eines internationalen Abkommens einsetzen, welches substanzielle Treibhausgasreduktionen vorsieht. Zudem muss vor der im Dezember stattfindenden Klimakonferenz in Kopenhagen geregelt werden, wie die Finanzierungslasten zur Bekämpfung des Klimawandels auf die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten aufgeschlüsselt werden sollen.

Volle Agenda

Weitere Prioritäten umfassen die Bereiche Justiz und Inneres, wo eine Revision des Haager Abkommens ansteht, die EU-Ostseestrategie und die Umsetzung des Lissabon-Vertrags, falls die Iren den Vertrag im Oktober an der Urne annehmen. Des Weiteren stehen auf der Agenda des schwedischen EU-Vorsitzes Verbraucherrechte, das Statut der Europäischen Privatgesellschaft sowie das Projekt des europäischen Gemeinschaftspatents.

Mehr Informationen:

[Swedish Presidency of the EU](#)

francois.baur@economiesuisse.ch



Debatte über die künftige europäische Verkehrspolitik

02.07.2009 17:00

Die europäische Verkehrsstrategie läuft nächstes Jahr aus. Vor diesem Hintergrund präsentierte die EU-Kommission letzte Woche eine Mitteilung zur europäischen Verkehrspolitik und lancierte damit die Debatte über deren künftige Ausrichtung.

Mit ihrer Mitteilung legt die EU-Kommission das Fundament für die strategische Vision der zukünftigen Verkehrspolitik. Um konkrete politische Massnahmen geht es vorerst nicht. Die Mitteilung identifiziert neue Trends und Herausforderungen, welche die Verkehrspolitik in den nächsten Jahren prägen werden. Das sind beispielsweise ökologische Nachhaltigkeit, die Verknappung fossiler Treibstoffe, neue Technologien, Alterung der Gesellschaft, Globalisierung.

Den Ausstoss von Treibhausgasen verringern

Die Kommission erachtet die Treibhausgasintensität des Verkehrssektors als das grösste Problem. Es ist daher von höchster Priorität, dringende Massnahmen zur Minderung der negativen Umweltauswirkungen zu entwickeln. Als weiterer Schwerpunkt sollen verschiedene Verkehrsträger besser ins europäische Transportsystem integriert werden, um dessen Effizienz zu verbessern. Schliesslich soll sich der europäische Verkehrssektor zunehmend selbst finanzieren und vermehrt nach dem Verbraucherprinzip funktionieren.

Europäische Verkehrspolitik betrifft auch die Schweiz

Der europäische Wirtschaftsverband BusinessEurope wünscht sich im Hinblick auf die neue Ausrichtung der Transportpolitik in erster Linie die bessere Integration von Flug- und Schifffahrtshäfen in das Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V). Bezüglich der geforderten Massnahmen zur Minderung der Treibhausgasintensität mahnt der Verband, dass diese die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft nicht beeinträchtigen dürfen. Die Mitteilung leitet eine öffentliche Debatte ein, auf deren Grundlage die Kommission im Jahr 2010 ein neues Strategiepapier zur Verkehrspolitik mit Massnahmen für den Zeitraum 2010 bis 2020 vorlegen wird. Für die Schweizer Wirtschaft ist es wichtig, möglichst von Beginn weg an der europäischen Verkehrsdebatte teilzunehmen.

Mehr Informationen:

[Mitteilung der Kommission](#)

francois.baur@economiesuisse.ch



EFTA steht vor wichtigen Entscheidungen

02.07.2009 17:00

Die EFTA muss zwei wegweisende Entscheide fällen. Erstens muss die künftige Ausrichtung definiert werden, sollte Island die EFTA in Richtung EU verlassen. Zweitens wird intern die Rolle von Sozial- und Umweltnormen bei künftigen Verhandlungen über Freihandelsabkommen (FHA) diskutiert.

Islands Regierung will möglichst schnell EU-Mitglied werden. Dafür bedarf es noch der Zustimmung des Parlaments und der Bevölkerung. Durch einen solchen Schritt würde der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) nur noch aus Liechtenstein und Norwegen bestehen.

Offene Zukunft

Die weitere Entwicklung des EWR, institutionelles Gemeinschaftswerk der EU und der EFTA, dürfte dann offen sein. Eine Option ist die Erweiterung des EWR um Andorra, San Marino oder die Türkei. Diese Option wurde jüngst von Vertretern der EU-Kommission erwähnt. Eine zweite Option ist die Überführung des EWR in bilaterale Verträge nach dem Schweizer Modell. Diese zweite Option wird in Norwegen diskutiert.

Sozial- und Umweltnormen gehören nicht in Freihandelsabkommen

Die EFTA war in den letzten Jahren im Abschluss von Freihandelsabkommen sehr erfolgreich. Linke Politiker, NGOs und Gewerkschaften verlangen, dass künftig Sozial- und Umweltnormen in Freihandelsabkommen aufgenommen werden. Diese Kreise lehnen die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Kolumbien ab, bis in diesem Land Sozial- und Umweltnormen eingehalten werden. Menschenrechte, Arbeitsnormen und Umweltschutz sind aus Sicht der Wirtschaft der EFTA-Staaten wichtige Anliegen. Solche Klauseln gehören jedoch nicht in ein FHA. Vielmehr sollten sie in den dafür geschaffenen internationalen Organisationen behandelt werden, auf die im FHA verwiesen wird. Politische Stabilität und Wirtschaftswachstum sind die besten Mittel um sicherzustellen, dass humanitären und unweltpolitischen Anliegen Rechnung getragen wird. Zusammenarbeit und Dialogbereitschaft und nicht paternalistisches Verhalten führen zum Ziel.

Mehr Informationen:

jan.atteslander@economiesuisse.ch

[Brief an die EFTA-Minister](#)

KMU-Portrait: KMU-Portrait: Storms – Eine Firma aus Murten stürmt den Getränkemarkt

02.07.2009 17:00

Biologisch und kalorienfrei – ein Traum? Die Murtener Firma Storms hat diesen verwirklicht. Aus natürlichen Zutaten stellt sie Sport- und Erfrischungsgetränke her. Weil diese mit dem pflanzlichen Süsstoff Stevia gesüsst sind, enthalten sie kaum Kalorien.

Hundert Prozent Natur. Mit weniger möchte sich der Softdrinkhersteller Storms nicht begnügen. Das in Murten ansässige Unternehmen entwickelt und vermarktet Sport- und Erfrischungsgetränke, die ausschliesslich aus biologischen Inhaltsstoffen bestehen. Im Gegensatz zur Konkurrenz verzichtet Storms gänzlich auf chemische Aromen und Konservierungsstoffe.

Auch Kalorien sind in den Getränken kaum enthalten: statt mit Zucker süsst Storms mit Stevia. Stevia ist ein natürliches Süssmittel, das aus Blättern der gleichnamigen Pflanze gewonnen wird. Der Stevia-Extrakt, der äusserlich an Puderzucker erinnert und nach Lakritz schmeckt, ist 300-mal süsser als Fabrikzucker, hat jedoch im Gegensatz zu diesem keine Kalorien. Die Einnahme des Süsstoffs ist auch für Diabetiker unbedenklich.



Marktlücke entdeckt

„Nach schweisstreibendem Sport hatte ich es satt, meinen Durst mit Chemie zu löschen“, erinnert sich Umberto Leonetti, der Gründer von Storms. Er erkannte, dass er auf eine Marktlücke gestossen war, und begann, über eine gesunde Alternative zu herkömmlichen Getränken nachzudenken. Im 2007 brachte er das erste biologische Sportgetränk unter der symbolträchtigen Marke „Storms One“ auf den Markt. 2008 folgte die „Superschorle“, im 2009 lancierte Storms „nice T“, einen natürlichen Eistee mit Pfirsich oder Zitronengeschmack.

Der Weg zum Erfolg war beschwerlich. „Anfangs vertrieben wir Storms One ohne Genehmigung übers Internet“, erzählt Leonetti. „Irgendwann rückte die Polizei an.“ Die Stevia-Pflanze ist in der Schweiz legal, die Verwendung ihres Extrakts nicht. Nach achtmontatigem Verfahren erteilte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) Storms schliesslich die Sonderbewilligung, seine Getränke mit Stevia zu süssen. „Hätten wir die amtliche Genehmigung abgewartet, wäre unser Produkt wahrscheinlich niemals auf den Markt gekommen“, schätzt der Unternehmer.



Tino Schütz, Marketing (links), und Umberto Leonetti, Gründer von Storms.

Ehrgeizige Pläne

Vorerst bleibt Storms ein Mikrounternehmen mit gerade einmal drei festen Mitarbeitern und einigen Spezialisten, die projektweise beigezogen werden. Neue Produkte werden intern entwickelt. Leonetti und sein Team kümmern sich auch um Kommunikation und Marketing. Abfüllung und Vertrieb sind an Partner ausgelagert. Produkte von Storms sind zurzeit bei Manor, an Kiosken, in diversen Restaurants und im Getränkefachhandel erhältlich. Doch dabei soll es nicht bleiben.

Trotz Wirtschaftskrise konnte Storms in der ersten Hälfte des laufenden Jahres nach eigenen Angaben die Umsätze gegenüber 2008 verdreifachen. Weitere Produkte seien in Vorbereitung. „Wir sind auf der Suche nach Partnern und Geldgebern, um unsere ehrgeizigen Wachstumspläne rascher realisieren zu können“, sagt Leonetti. Den Konsumenten werde zunehmend bewusst, dass zur gesunden Ernährung auch gesunde Getränke gehören. „Unsere Produkte treffen den Zeitgeist.“

Mehr Informationen:
[Homepage von Storms](#)

OECD-Guidelines: Aufdatierung oder umfassende Überarbeitung?

02.07.2009 17:00

Die „Guidelines for Multinational Enterprises“ der OECD fassen Empfehlungen zur Corporate Responsibility für international tätige Unternehmen zusammen. Seit ihrer letzten Überarbeitung sind fast 10 Jahre vergangen. Über Anpassungen sind sich die OECD-Mitgliedstaaten nicht einig.

Die OECD „Guidelines for Multinational Enterprises“ sind Empfehlungen für international tätige Unternehmen. Sie umfassen alle Bereiche der Corporate Responsibility. Letztmals wurden die Guidelines 1999/2000 einer umfassenden Revision unterzogen. Diesen Juni fanden zwischen der Wirtschaft und Vertretern der OECD informelle Gespräche statt. Im kommenden Jahr dürften die OECD Guidelines angepasst werden. Im Gegensatz zu 1999 ist diesmal die Euphorie seitens der meisten OECD-Staaten aber wesentlich geringer. Man spricht eher von einer Aufdatierung als von einer umfassenden Überarbeitung. Die Anpassungen würden primär Menschenrechte sowie unternehmerische Verantwortung in der Wertschöpfungskette und in zerrütteten Staaten umfassen.

Unklare Kompetenzen

Verschiedene NGOs hingegen verlangen mehr als eine Aufdatierung. Sie fordern den Ausbau des bestehenden Streitschlichtungsverfahrens zu einem gerichtsähnlichen Verfahren. Das lehnen die Wirtschaft und die meisten Regierungen ab, weil dadurch gravierende Überschneidungen mit nationalen Gerichten und internationalen Organisationen entstehen würden.

Wichtig, aber unbekannt

Für die Schweiz sind die OECD Guidelines wichtig, denn hier gibt es überdurchschnittlich viele multinationale Unternehmen. Allerdings sind die Guidelines bei vielen Unternehmen noch weitgehend unbekannt.

Mehr Informationen:

jan.atteslander@economiesuisse.ch

[Guidelines for Multinational Enterprises](#)



Innovation heute: Experten diskutieren in Brüssel

02.07.2009 17:00

In Zusammenarbeit mit weiteren Schweizer Institutionen lud das Brüsseler Büro von economiesuisse am 24. Juni 2009 zu einem Expertenlunch zum Thema Innovationsstandort Schweiz ein. Am Anlass sprachen hochkarätige Referenten aus der Schweiz und der EU.

Was Innovation betrifft, ist die Schweiz top. Das European Innovation Scoreboard 2008 zeigt die Schweiz an der Spitze. Ein beeindruckendes Resultat, wenn man bedenkt, dass die Schweiz kaum über eine staatliche Politik zur Innovationsförderung verfügt. Welche Stärken und Schwächen hat das schweizerische Innovationssystem? Welchen Herausforderungen sieht sich die EU im Bereich Innovationspolitik gegenüber? Welche politischen Instrumente und welche Rahmenbedingungen fördern Innovation? Diesen und weiteren Fragen widmete sich ein von Swisscore in Zusammenarbeit mit economiesuisse und der Schweizerischen Handelskammer in Belgien und Luxemburg organisierter Expertenlunch.

Innovation auch in Krisenzeiten

Franziska Schwarz vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie wies in ihrer Einleitung darauf hin, dass der Erfolg vor allem auf dem sehr offenen Wirtschaftsmodell der Schweiz sowie dem hohen Anteil privater Ausgaben für Forschung und Entwicklung beruhe. Jean-Noël Durvy von der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der EU-Kommission erläuterte die europäische Situation und unterstrich, dass trotz andauernder Wirtschaftskrise die Anstrengungen zur Förderung von Innovation weitergeführt werden müssen. Am 22. Juli werde die Kommission deshalb ein Paket mit Vorschlägen zur Innovationsförderung veröffentlichen.



Bestimmungsfaktoren von Innovation

Dominique Foray von der ETH Lausanne fragte nach den Bestimmungsfaktoren von erfolgreichen Innovationsstrategien. Er wies unter anderem auf die wichtige Rolle von Young Radical Innovators und deren Zugang zu günstigem Kapital hin. Georg Brodach von ABB schliesslich unterstrich gegenüber den über 80 Teilnehmern die zentrale Rolle des Schutzes von geistigem Eigentum und sprach sich im Zusammenhang mit Europa dafür aus, nach jahrelanger fruchtloser Diskussion endlich das Projekt des europäischen Patents voranzutreiben.

Weitere Informationen:

[European Innovation Scoreboard 2008/2009](#)
[eonomiesuisse online-news/Brüssel](#)
francois.baur@eonomiesuisse.ch

Leonardo-Praktika: Angebote für Unternehmen und Jungdiplomierte

02.07.2009 17:00

Im Rahmen des Leonardo-Programms vermittelt StudEx kostenlos Praktikanten aus Europa an Deutschschweizer Unternehmen. Gleichzeitig hilft StudEx Lehrabgängern und Berufsmaturanden aus der Deutschschweiz, Praktika in Europa zu finden.



Im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) setzt StudEx das Programm Leonardo da Vinci für die Deutschschweiz um (die Partnerbüros SOL und LSE sind für die Romandie bzw. das Tessin zuständig). Ziel dieses EU-Programms ist, Studierenden, Studien- und Lehrabgängern die Möglichkeit zu geben, im Ausland erste Berufserfahrungen zu sammeln, Sprachkenntnisse zu verbessern und eine andere Kultur kennenzulernen. Neben der

Vermittlung bietet StudEx auch die Möglichkeit, Stipendien für einen Auslandsaufenthalt zu beantragen. Antragsberechtigt sind auch Kandidaten, die ihre Stelle selbständig gefunden haben. StudEx ist der Berner Fachhochschule für Technik und Informatik angegliedert und vermittelt jährlich rund 250 Auslandpraktika. Sämtliche Dienstleistungen von StudEx sind kostenlos.

Nicht nur für Studierende

Leider ist die Anzahl vermittelter Lehrabgänger und Berufsmaturanden gegenüber jener der Studierenden gering. Aus diesem Grund möchte StudEx die Arbeitgeber auffordern, ihre Lernenden auf dieses attraktive Brückenangebot aufmerksam zu machen. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise kann ein Auslandsaufenthalt den Ausschlag für eine Anstellung in der Schweiz geben. Denn es gibt kaum einen besseren Beweis für Flexibilität, Offenheit und erprobte Sprachkenntnisse.

Neue Ideen für Schweizer Firmen

Auch Deutschschweizer Firmen können vom Leonardo-Programm profitieren. Durch StudEx können qualifizierte Studierende und Jungdiplomierte aus Europa rekrutiert werden. Diese bringen brandneues Hochschul- oder Berufsschulwissen in den Betrieb ein, tragen durch neue Ideen und andere Arbeitsmethoden zur Internationalisierung bei und steigern damit die Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten der Globalisierung.

Weitere Informationen:

[Homepage von StudEx](#)

032 321 6 321

info@studex.ch



Nachhaltigkeitsberichte in der Praxis (ICC)

02.07.2009 17:00

Berichte über nachhaltiges Handeln der Unternehmen zielen darauf ab, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu stärken. An einer Informationsveranstaltung der UN Global Compact Lernplattform zeigten Precious Woods, Migros und Verstergaard Frandsen unterschiedliche Beispiele für die konkrete Umsetzung.

Die Unterzeichner des UN Global Compact müssen mit der sogenannten „Communication on Progress“ (CoP) jährlich berichten, wie sie die Grundprinzipien umsetzen. Dieser Kontrollmechanismus stellt sicher, dass die Selbstverpflichtung zum verantwortlichen Handeln über die gesetzlichen Pflichten hinaus respektiert wird.

Unterschiedliche Medien und Formate

Solche Berichte können sehr unterschiedlich aussehen: Sie werden als eigenständige Berichte nach vorgegebenen Standards (z.B. „Sustainability Report“ nach der „Global Reporting Initiative“, GRI), als interaktive Website oder als integraler Teil des Geschäftsberichts veröffentlicht. Diese unterschiedlichen Ansätze lernten über fünfzig Vertreter von Unternehmen aller Branchen an der Informationsveranstaltung kennen. Sie wurde von ICC Switzerland als „Focal Point“ des Schweizer Netzwerks unterstützt.

Für Unternehmen immer wichtiger

Im Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern des Netzwerks kamen sowohl die vorgesehenen Formalisierungen der Berichte als auch strengere Kontrollen zur Sprache. Weitere Neuerungen wird der bevorstehende Standard „ISO 26'000“ bringen. Nachhaltigkeitsberichte werden zunehmend zu einem wichtigen Instrument für die strategische Positionierung und Differenzierung eines Unternehmens. Daher gewinnt auch die gezielte Auswahl des geeigneten Formats, Inhalts und Bezugsrahmens immer mehr an Bedeutung.

Mehr Informationen:

info@icc-switzerland.ch